

Beschluss: Landesdelegiertenkonferenz Wismar, 11. Oktober 2014



Wir fordern den Landesminister für Energie und Infrastruktur von Mecklenburg-Vorpommern, Christian Pegel dazu auf, sich als stellvertretender und zukünftiger Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz im Rahmen der Revision der Regionalisierungsmittel für einen Verteilungsschlüssel einzusetzen, der Mecklenburg-Vorpommern einen bedarfsgerechten Anteil der Regionalisierungsmittel sichert.

Wir fordern unsere Bundestagsfraktion, alle grünen Landesverbände und die Grünen in Bundesländern mit Regierungsbeteiligung dazu auf, sich im Rahmen der Revision der Regionalisierungsmittel für eine solidarische Finanzierung einzusetzen, die einer Benachteiligung der Bedarfe von dünn besiedelten Flächenländern entgegenwirkt.

Sachdarstellung:

Im Rahmen der Revision der Regionalisierungsmittel 2014 wird der Finanzierungsbedarf der 16 Bundesländer für den ÖPNV für den Zeitraum von 2015 bis 2030 ermittelt. Neben der Neufestsetzung der Mittelausstattung durch den Bund ist auch die Verteilung auf die Bundesländer neu zu regeln.

In diesem Zusammenhang fordern die Bundesländer ab 2015 jährlich 8,5 Milliarden Euro zur Finanzierung des Nahverkehrs auf der Schiene. Gegenwärtig fließen den Ländern Regionalisierungsmittel in Höhe von 7,3 Milliarden Euro im Jahr aus der Bundesfinanzierung zu. In einem zweiten Schritt fordern die Länder eine Anhebung der jährlichen Dynamisierung der Regionalisierungsmittel von gegenwärtig 1,5 Prozent auf 2,8 Prozent. Diese Forderung resultiert aus steigenden Kosten für Personal, Energie und der Nutzung von Infrastruktur (Trassengebühren der DB Netz).

Die Regionalisierung als solche hat die Marktentwicklung im Nahverkehr erheblich verbessert, das geht aus der insgesamt für Deutschland vorliegenden Steigerung der Fahrgastzahlen hervor. Die Verhandlungen in den Verkehrsministerkonferenzen zeigen, dass Bundesländer, die über nachweislich steigende Fahrgastzahlen und somit wachsende Verkehre verfügen, sich für eine Neuverteilung der Bundesmittel einsetzen, in deren Folge Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein künftig weniger Regionalisierungsmittel als bisher erhalten sollen.

Begründung:

Die Neufestsetzung der Regionalisierungsmittel und deren Verteilung auf die Bundesländer ist von zentraler Bedeutung für den Schienen-Personen-Nahverkehr (SPNV). Im Ergebnis der Regionalisierung stehen die Länder in der politischen und verkehrlichen Verantwortung für den SPNV.

Diese Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge können sie aber nur auf Basis einer vernünftigen Finanzausstattung realisieren. Die Regionalisierungsmittel in bisheriger Höhe reichen jedoch bei weitem nicht für einen leistungsfähigen Betrieb und den nötigen Ausbau des Nahverkehrs aus. Wenn Flächenländer wie M-V künftig weniger Regionalisierungsmittel erhalten sollen, hätte das katastrophale Auswirkungen. So bestehen im Land Verkehrsverträge, die für 15 Jahre geschlossen

und weiter finanziert werden müssen. Im Ergebnis würde es zu willkürlichen Kürzungen in vielen SPNV-Bereichen kommen.